

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ercheint wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelhefte die Hälfte. Millimeterverle für Arbeiter- und Arbeiterinnen 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzähler 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17, Fernruf 8906-07. Salvo der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 26

Duisburg, den 26. Juni 1920

21. Jahrgang

Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Aus der Flut der bewegten Zeiten nach der Revolution, aus Sturm und Drang und Chaos, das sich gebildet hatte, hob sich wie ein starker Fels, ein Sammelplatz aller derjenigen, welche gewillt sind am Aufbau des Deutschen Vaterlandes nach solidarischen und christlichen Prinzipien mitzuwirken, unser Deutscher Gewerkschaftsbund. Über 2 Millionen Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte haben sich in ihm die Hand gereicht zu gemeinschaftlicher, gewerkschaftlicher Arbeit, und zwar sind es solche Organisationen, die weltanschaulich auf christlich-nationalen Boden und wirtschaftlich auf dem Prinzip der Gleichberechtigung und des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter- und Angestellten-schaft stehen.

Ein gewaltiges Kartell der Verbände ist geschaffen worden, die einerseits gewillt sind, mit Schärfe und Zähigkeit für die Interessen der Arbeitnehmer einzutreten, die aber nicht daran denken, zu gunsten unklarer Schwärmerien den festen Boden des christlich-nationalen Gedankens zu verlassen.

Das alte, extreme individualistische System in der Wirtschaft hat zwar große Wirtschaftsmöglichkeiten geschaffen, aber auch am Nuten der deutschen Seele mitgearbeitet, an der Unterdrückung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter-schaft, das sozialistische System verfallt im Materialismus und gibt sich dem Wahn hin, auf materialis-

tischer Grundlage die Wirtschaft und die Volkkräfte neu zu organisieren und aufzubauen, mit demselben Materialismus der uns in den Abgrund geführt hat.

Diese beiden Systeme sind unfähig, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das sozialistische Prinzip auf seine Fahnen geschrieben, Gemeinschaftsarbeit, Gleichberechtigung, Gleichverantwortung, Verchristlichung der Wirtschaft. Das sind die Angelpunkte, an die unser kranker, deutscher Wirtschaftskörper sich halten muß, und die sich in den Arbeitsgemeinschaften, Betriebsverwaltungsräten im Kleinwirtschaftsbund als Versprechen, der Anfang eines neuen Wirtschaftssystems vielfach bewährt haben. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, konnte auch die bekannte „Soziale Praxis“, die christlichen Gewerkschaften als das „Salz der deutschen Arbeiterbewegung“ bezeichnen, weil sie den Klassenkampf, das Prinzip der Verantw. und Unterdrückung gleich welcher Klasse verworfen und den Sozialismus, die Gemeinschaftsarbeit als die leitende Idee in der neuen Wirtschaft anerkennen.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung (die sich Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund nennt) flüchtet zu ruhiger aufbauender Arbeit nicht die Kraft, trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke, sie erschöpft sich in inneren Kämpfungen. Wenn es nicht gelingt, gegenüber dieser im Wanne der marxistisch-materialistischen Gedankenwelt zur Unfruchtbarkeit verurteilten Macht die positiv gerichteten

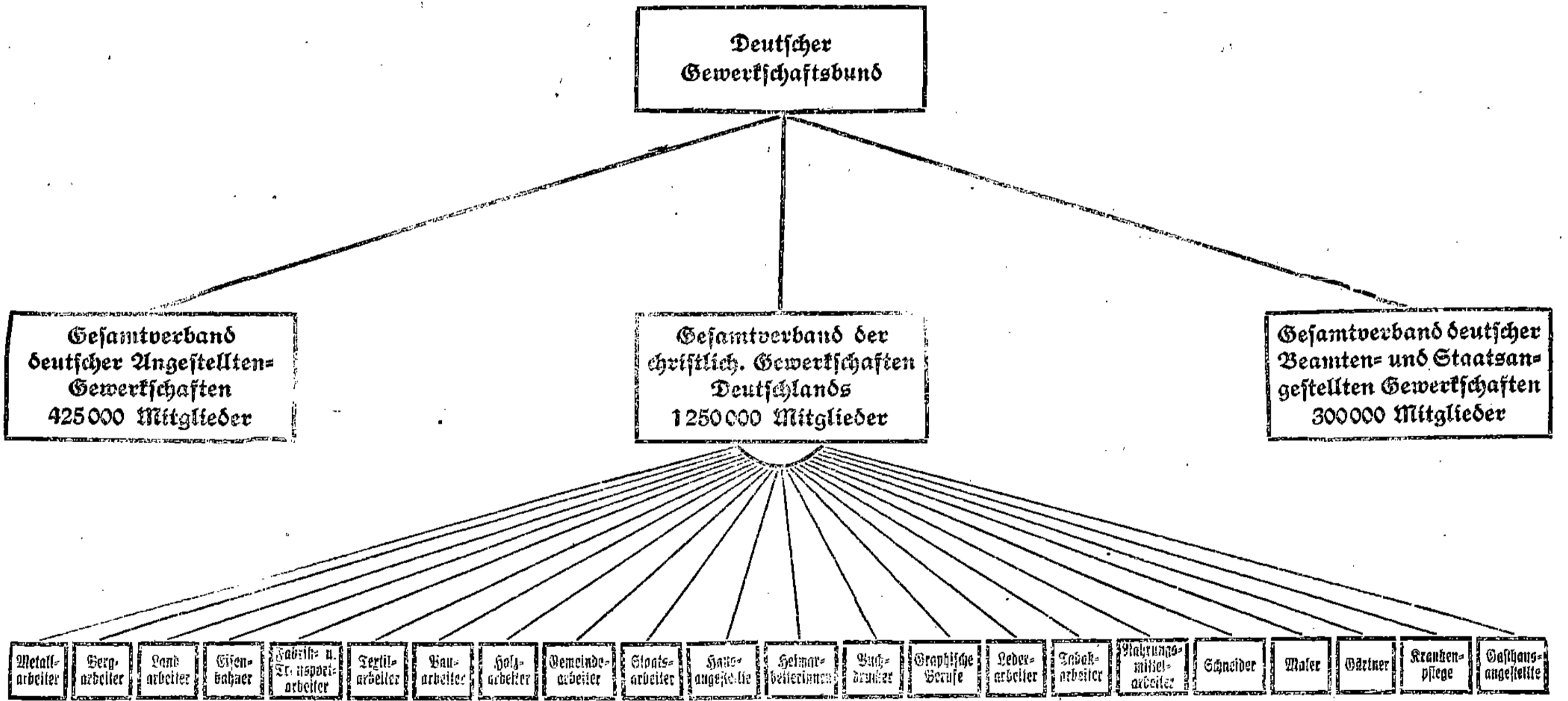
Kräfte zu sammeln und einheitlich zur Geltung zu bringen, wenn nicht Erneuerung kommt aus unserer Gedankenwelt heraus, die Messeres an Stelle des Geschichteten zu setzen vermag, dann scheint der Zusammenbruch unvermeidlich.

Auf den Deutschen Gewerkschaftsbund und die ihm innewohnenden Ideen und Kräfte, auf die Stoßkraft seiner Ziele und auf die Tätigkeit seiner zwei Millionen Mitglieder blicken daher alle rechtlich gesinnten in Deutschland, die die Hoffnung auf eine innere Erneuerung des deutschen Volkes und einen besseren wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht verloren haben.

Es war kein leichter Weg bis zur Gründung unseres Gewerkschaftsbundes. Vor dem Kriege standen 400 000 christlich organisierte Arbeiter 2,5 Millionen sozialdemokratisch-organisierten Arbeitern gegenüber. Das Verhältnis war damals also 1:6,5; heute stehen über zwei Millionen christlich-organisierter Arbeiter sieben Millionen sozialistisch organisierten gegenüber. Das Verhältnis steht jetzt wie 1:3,5 und hat sich wesentlich zu Gunsten der christlich organisierten Arbeiter- und Angestellten-schaft verschoben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Zusammenfassung der drei Arbeitnehmergruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) zu dem Zweck:

1. gemeinsame wirtschaftliche, berufliche und soziale Interessen wahrzunehmen, wie es den Bedürfnissen der neueren Entwicklung entspricht!



2. die besonderen Interessen der einzelnen Gruppen durch die Gesamtheit der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen zu fördern;

3. den unser Volk zersetzenden Materialismus durch die Pflege allgemein sittlicher, christlicher und nationaler Gedanken zu überwinden.

Durch die zweckmäßige Zusammenfassung der drei großen Arbeitnehmergruppen kommt der Bund den neuzeitlichen Bedürfnissen weitgehend entgegen. Er gewährleistet die gescheiterte Auswirkung aller Kräfte und berücksichtigt gleichzeitig, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte besondere Leistungen und Aufgaben im Wirtschaftsleben zu erfüllen haben und demgemäß eine ihrer Eigenart gerecht werdende Sozialpolitik treiben müssen.

Träger des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Hauptorganisationen der für die einzelnen Arbeitnehmergruppen bestehenden gewerkschaftlichen Berufsverbände. Folgende Hauptorganisationen mit ihren Berufsverbänden bilden den Gewerkschaftsbund:

a) Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (Berufsverbände: Bauarbeiter, Bergarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner, Fabrik- und Transportarbeiter, Gärtner, Gasthausangestellte, Gemeindefürsorge, Graphische Berufe, Hausangestellte, Heimarbeiterinnen, Holzarbeiter, Krankenpfleger Landarbeiter, Lederarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Nahrungsmittelarbeiter, Schneider, Staatsarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter.)
Mitgliederzahl: 1 250 000.

In der Tabelle haben wir die Verbände ihrer Größe nach eingeteilt, soweit uns die Mitgliederzahlen vorlagen. Die erste Stelle unter den christlichen Gewerkschaften nimmt unser christl. Metallarbeiterverband mit seinen rund 230 000 Mitgliedern ein, nach ihm kommt der christl. Bergarbeiterverband, der bis zum Jahre 1919 führte, mit 160 000 Mitgliedern

b) Gesamtverband Deutscher Angestelltergewerkschaften. Berufsverbände: Handlungsgehilfenvereine, Handels- und Bureauangestellte, Bankbeamte, Land- und forstwirtschaftliche Fach- und Körperliche, Bureau- und Behördenangestellte, Chemiker, Ingenieure, Techniker, Werkmeister.)
Mitgliederzahl: 425 000

c) Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestelltergewerkschaften. (Berufsverbände: Eisenbahner (mit den Gruppen: Arbeiter, Betriebsausseher, Fahrkartenausgeber, Bureauangestellter, Wasserbau- bedienstete, Weichensteller, Privat-Eisenbahner, Wagenmeister, Motorenführer, Fahrbeamte und Unwärtner, Rangierbeamte, Unterassistenten), Badische Eisenbahner, Sächsische Eisenbahner, Westfälische Eisenbahner, Bayerische Postangestellte.)
Mitgliederzahl: 300 000

Organe des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind der Vorstand, der Ausschuß, die Hauptgeschäftsstelle, die Landes-, Bezirks- und Ortsverbände.

Der Vorstand besteht aus folgenden 17 Personen: Arbeitergruppe: Stegerwald (erster Vorsitzender), Balkusch, Fr. Behm, Behrens, Imbusch, Tremmel, Wieder; Angestellten-

gruppe: Thiel (stellvert. Vorsitzender), Bucharz, Fürstenberg, Dr. Gerlich, Fr. Israel; Beamtengruppe: Guttsche (stellvert. Vorsitzender), Knebel, Ewerling. Außerdem gehören die beiden Geschäftsführer Breddemann und Dr. Thissen zum Vorstand.

Den Ausschuß bilden folgende 35 Personen: Arbeitergruppe: Stegerwald, Fr. Behm, Balkusch, Behrens, Brauer, Junke, Hirtfelder, Imbusch, Janlen, Kaiser, Otte, Nibel, Steger, Fr. Lausch, Tremmel, Wieder, Wiebeberg; Angestelltengruppe: Auf der Laue, Bucharz, Fürstenberg, Dr. Gerlich, Habermann, Fr. Israel, Koslowski, Fr. Meinel, Stumpe, Thiel, Zagar; Beamtengruppe: Blachuet, Bruns, Ewerling, Guttsche, Knebel, Koch, Koch.

So haben sich unsere Kollegen im Deutschen Gewerkschaftsbund eine Organisation geschaffen, die stumm- und widerhart die Interessen der Arbeiter- und Angestellten mit aller Energie verteidigt, die aber auch die Allgemeininteressen zu würdigen und zu vertreten weiß.

Dieser leitende Gedanke muß im deutschen Volke Gesamtgut werden. Aus dem Einzelinteresse müssen wir uns erheben zum Gesamtinteresse, zum Gesamtwohl. Kleinlichkeit muß verschwinden, der Klassenkampf verdrängt werden, über dem wirtschaftlichen Interessentum, der immer da sein wird, muß verständig die Gerechtigkeit stehen.

Das ist das Ziel, dem der Deutsche Gewerkschaftsbund zustrebt. Jeder von uns hat dazu beizutragen in dem Verbände, in dem er sich betätigt. Wir christliche Metallarbeiter, die wir an der Spitze des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften marschieren, wollen uns bemühen, auch nach dieser Seite hin ein Vorbild zu sein.

Betriebsrätegesetz und Betriebsrätepraxis

II.

Die Frage, wie die Betriebsräte zentral zu organisieren sind, wie sie insbesondere auf revolutionäre Ziele eingestrichelt werden können, beschäftigt zur Zeit sehr viele die politischen und gewerkschaftlichen Anführer der Sozialisten. Wenn man die Beratungen der Betriebsrätezentrale der Gewerkschaftskommission mit der Wfa und den verschiedenen politischen Gruppen in Berliner Blättern verfolgt, bemerkt man immer wieder, wie sehr diese Erregungen, Petitionen und uferlose Debatten die Frage der Stellung der Betriebsräte zu den Gewerkschaften, zu den politischen Parteien und zur Sozialistischen Bewegung erzeugen. Immer wieder wird über Programmsfragen, Parteistruktur und persönliche Ansichten von Parteiführern erörtert, während der wirtschaftliche Charakter des B.R.G. und seine Bedeutung für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens fast ganz vernachlässigt wird.

Die Abwehrfront der Unternehmer gegen diese Bestrebungen ist natürlich festgesetzt und hat die Neigung, sich bedeutend zu verstärken, wie der bekannte Aufruf des Kampfbundes zur Bildung einer Unternehmerrückversicherung und die sorgfältige Erörterung, die er in der Unternehmerpresse gefunden hat, beweisen. Die Stellung christlicher Gewerkschaften zum Betriebsrätegesetz ergibt sich von selbst aus dem wahren christlichen Weltanschauung und Gewerkschaftszielen heraus. Sie müssen es ablehnen, das Betriebsrätegesetz gewaltsam zu sprengen und zu verzerrern, müssen vielmehr die weitere Ausgestaltung des im B.R.G. verankerten Gedankens, das Ausmergen der anerkannten Schwächen solange dem verfassungsmäßigen politischen Apparat überlassen, bis der herausfällige Gedanke in der „*Sammer der Arbeit*“ Berücksichtigung gefunden und den Gewerkschaften in ihr die einflussreiche Vertretung gewährt hat, die der Bedeutung des Arbeiterstandes entspricht. Sie behaupten es sich aber vor, in Tarifverträgen die begründeten Rechte der Arbeiter, wo sie noch zu eng gefaßt oder von Unternehmenseite zu engherzig ausgefaßt werden, gewerkschaftlichen Grundfragen entsprechend zu erweitern und zu befestigen. Grundfähig muß die Gesetzgebung und ihre Revision den Verkauf über die maßgebenden politischen Instanzen nehmen. Natürlich ist es Pflicht jedes Gewerkschaftlers, zu diesem Verkauf als Staatsbürger Stellung zu nehmen und sein Wahlvermögen von Fall zu Fall dazu zu sprechen, wie es andererseits Pflicht der Gewerkschaft ist, sich energisch dafür einzusetzen, daß sie bei Anregung und Ausführung von Gesetzen der Arbeit gebührend gehört und im Maße gezogen wird, damit das Ergebnis den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entspricht. Woher es aber rührt, wenn die legitime Tätigkeit des Regierungsapparates untersucht und gestört wird, haben die Forderungen der freien Gewerkschaften anläßlich des Kapitales und das dabei zutage tretende Prinzip „*freigezwungener Nebenregierung*“ gezeigt. Es entsteht eine bössige Korruption des politischen und gewerkschaftlichen Apparates, wenn nicht die vom gewerkschaftlichen Aufgabebereich bedingten Grenzen die doch den weisen Zweck haben, die Stoßkraft der Mitglieder auf zielgemäße wirtschaftliche Ziele zu konzentrieren, innegehalten werden. Was aber dem Arbeiter im B.R.G. zuteil, auch ihm voll und ganz werden; das ist sein lautes Recht, für das er und die Gewerkschaft einzutreten hat und für das alle Instanzen gegebenenfalls durchgedrungen werden müssen, um klare Rechtsverhältnisse zu schaffen. Die Aufgaben, die dem Betriebsrat und unmittelbar den Gewerkschaften erwachsen, sind in der Hauptsache folgende:

- Gründliche und vernünftige Ausnutzung der gesetzlichen Rechte bei jedem Vorhandensein gewerkschaftlicher Disziplin und Methode; Durchsetzung und Betonung des Gleichberechtigungsgebodens.
- Einarbeitung in die neuen Pflichten, vor allem harnisches und eifriges Kennenlernen und Durchdringen des kapitalistischen Apparates; Aneignung notwendiger Kenntnisse der Industriewissenschaft und Produktionsorganisation. (Sehr wichtig schon mit Bezug auf das Arbeitervereinwesen, die Fortbildung des Organisationsgedankens usw.)
- Vor allem Durchdringung und Entschärfung des herrschenden, unpersonlichen Klientenwesens. Gerade das Klientenwesen ist die Quelle so vieler Ausschreitungen des kapitalistischen Systems; es verhindert tatsächliches Zusammenarbeiten und Fühlensnahmen des Arbeitgebers und Arbeiters, es steht an die Stelle der erreichbaren Unternehmerpersönlichkeit ein meist unheimliches, kaum in die Erscheinung tretendes Konsortium (in Frankreich heißt die Ähnlichkeit dabei auch sehr richtig: *societe anonyme*), dessen Vorhandensein im Bewußtsein des Arbeiters das dumpfe und oft lähmende Empfinden einer über seiner Arbeit schwebenden, verflochtenen und gefährlichen, nach ihm gänzlich fremden Gesichtspunkten die Wirtschaft leitenden Macht ausstrahlt. (Wichtigste im B.R.G.: Vorlage der Berichte, Entsendung in den Ausschuss, Bilanzinricht.)
- Würdigung des Betriebsrätegesetzes als Keimzelle einer beginnenden Konzentration des Arbeitskampfes um des wirklichen Kerns- und Kernes des Arbeitskampfes.
- Von sozialistischer Seite wird das Betriebsrätegesetz als Anknüpfung zur Erfüllung sozialistischer Sehnsucht betrachtet und gewertet.
- Es muß bewertet werden als Auftakt zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Gedankens und als Anfang zu einer Reform des Arbeitsrechts im sozialen, den Bedürfnissen und der großen Bedeutung des Arbeiterstandes Rechnung tragendem Sinne.

Technische Nothilfe

In letzter Zeit mehren sich in bedenklicher Weise die Fälle, bei denen industrialistische Butzschneiderei bei wilden Streiks nicht nur Leben und Grund weiter Bevölkerungsteile durch die Verhinderung lebenswichtiger Betriebe die Gas- und Wasserwerke, Elektrizitätswerke usw. auf das Schwerste gefährden, sondern auch durch rücksichtslose, gewaltsame Verhinderung der Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten große industrielle Anlagen - Hochöfen, Martinwerke, Thoma-Werke,

Sechskantlagen usw. - schokieren, und unzählige tausende von Arbeitern durch Brotlosigkeit mit ihren Familien dem schmerzhaften Elend aussetzen. Man kann sich nichts denken, mit einer gewissen Regelmäßigkeit an den verschiedensten Stellen Deutschlands wiederkehrenden Vorfall der radikalen Elemente nicht des Elends erwehren, als ob es sich dabei um die „*direkte Aktion*“ der „*Allegorien-Organisation*“ handelt, denn welcher der früheren Volksherausgeber Emil Barth in seinem Buch: „*Stur der Arbeit und Revolution*“ spricht und bei deren Gründung in der Kriegszeit der heilige Rechtschaffen der II. Internationale, Richard Müller eine große Rolle gespielt hat. Anstatt die großen Gefahren die in diesen radikalen Arbeitsunterbrechungen liegt, einer Gefahr die her eine bewußtere Möglichkeit zum mindesten gleichsam mit ihr alle menschlichen und bürgerlichen Elemente der ganzen Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung ernsthaft an Abwehrmaßnahmen gegen diese Treiben herangeht.

Das zeigt in erster Linie, daß dem Terror der „*Stoßtruppen*“ in den Betrieben eine energische Haltung entgegen gesetzt wird. Es ist bekannt, immer wieder zu hören, daß kleine Gruppen hingerichtet werden mit leichter Mühe ganze Betriebe mit Arbeitslosigkeit von mehreren tausend Mann hilflos setzen. Es müßte sich bei dergleichen Gelegenheiten ein kräftiger Widerstand im Auge der Gewerkschaften zeigen.

Andererseits muß erwirkt werden, daß die Sicherung der Produktion nicht nur der Existenzfähigkeit der Bevölkerung auch bei solchen wilden Streiks gesichert werden. Solange ein Streik nur unter der schwachen Führung der Gewerkschaften durchgeführt wurde, können diese im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Ausföhrung der zur Sicherung erforderlichen Vorbereitungen nicht loren. Seit dem aber die industrialistische Bewegung immer mehr Boden gewonnen hat, und Arbeitsunterbrechungen sehr häufig mit dem ausgesprochenen Zweck d. Zerschlagung inszeniert werden, können d. Gewerkschaften die Verantwortung für die Vorbereitungen ebensowenig übernehmen, wie sie die wahren Streik an sich. Die Entwicklung der radikalen Elemente der Arbeiterbewegung macht insofern eine Einrichtung notwendig, die ähnlich den Feuerwehren unter höchster Förderung organisiert ist und unter staatlichem Schutz diesem Zweck dient.

Solche Einrichtungen bestehen in allen Ländern, deren Arbeiterbewegung stark von industrialistischen Elementen durchsetzt ist. In Frankreich wurde dem Namen „*Union civique*“ in Deutschland unter der Bezeichnung: „*Technische Nothilfe*“. In Frankreich ist diese Organisation vollständig in Händen arbeitervolkslicher Kreise und setzt sich z. B. in Paris aus Lehrern und Schülern der Polytechnicum und Angehörigen der oberen Gesellschaftsklasse zusammen. Die Arbeit davon ist, daß die „*Union civique*“ bei jedem Streik, der das öffentliche Leben in Mitleidenhaft zieht, einsteht und sich zum organisierten Streikbruch empschließt, der selbst die wichtigsten wirtschaftlichen Kräfte unserer Kultur übernimmt.

In Deutschland dreht die Garnison den linken Weg zu gehen, wenn nicht die verantwortlichen Organisationen rechtzeitig einwirken und sich einen weitgehenden Einfluß auf die Gestalt, den Umfang und das Verhalten der Streiktruppen der bedrohlichen Entwicklung der anarch-industrialistischen Strömungen im radikalen Lager unheimlichen Einflusses sichern.

Die „*Technische Nothilfe*“ ist eine Organisation, die zum ersten Male die öffentliche Aufmerksamkeit bei Gelegenheit des Berliner Metallarbeiterstreiks und der ihn begleitenden Schmeicheleien auf sich lenkte. Sie ist jedoch nicht aus Anlaß dieses Streiks gegründet worden, sondern bestand als technische Abteilung der Garde-republikanischen Division schon seit längerer Zeit. Sie wurde später kommissarisiert, aber dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt. Mit der Zentralität in Berlin erstreckt sie diese Organisation über das ganze Reich und ist in 19 Bundesverbände mit eigener Leitung eingeteilt.

Nach offiziellen Angaben soll die Verwertung der Technischen Nothilfe sich darauf beschränken, lebenswichtige Betriebe in Notfällen und Betriebsferienzeiten, herbeigeführt durch Anzuhr, Bekämpfung der öffentlichen Sicherheit, Streiks usw. durch Notstandsarbeiten aufrechtzuerhalten. Unter Nothilfe fallen keine produktiven Arbeiten, sondern nur solche, die zur Erhaltung der Betriebe notwendig sind. Die Betriebe sollen nur vor dem Verfall stehen, ihrer Wiederanbahnung sich selbst überlassen und damit die Arbeitslosigkeit für die am Streik beteiligten Arbeiter und die Existenzmöglichkeit für ihre Familien erhalten bleiben. Die Hilfskräfte rekrutieren sich aus Kreisen der Arbeiter, Fleischer, Monteure, Techniker und Angelerne.

In diesem offiziellen Programm liegt nicht, was Gewerkschaftsinteressen widerspricht. Trotzdem ist ein gewisses Mißtrauen besetzend, als nicht die Gewerkschaften das durch die Durchführung dieses Programms mitgeraten übertrahen. Das ist bis heute noch nicht der Fall und die Schuld daran liegt ausschließlich nicht auf Seiten der Gewerkschaften, als bei den Vertretern der Technischen Nothilfe. Ebenso sowohl das Zentralbüro der Christlichen Gewerkschaften als auch das Korrespondenzbüro der sozialdemokratischen Gewerkschaften der Einwirkung der Technischen Nothilfe grundlegend aufzutreten haben, aber in vielen Bereichen auch der industrialistischen Arbeiterbewegung noch eine meist aus Unkenntnis der Aufgaben der Nothilfe erwachene Abneigung gegen die Organisation. Es ist an der Zeit, daß hier Klarheit geschaffen wird, damit die Arbeiterschaft diese Abneigung überwindend sich den ihr gebührenden Einfluß sichert und die Entwicklung der Nothilfe zur Streikbekämpfung vorantreibt.

Der Zweifel wäre es besser, wenn die ganze Einwirkung nicht notwendig wäre, und das würde der Fall sein, wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft aus beim industriellen Kampfe sich von denselben vernünftigen Erwägungen leiten ließe, wie die Christlichen Gewerkschaften. Seit der „*glorreichen*“ Revolution macht sich jedoch ein derartiger wagnisvoller Radikalismus breit, daß jeden Augenblick die Gefahr besteht, daß aus den geringsten politischen Anlässen bereits ausbrechen, welche drohen, in den düsteren Geföhlen und Konventionen für Monate und Jahre aufgehoben gehen zu lassen, Fragen zu erzeugen durch Stilllegung von Elektrizitätswerken und Wasserwerken ganze Städte in bitterste Not zu bringen. Dagegen muß Ernst gemacht werden.

Es müßte sich die Gewerkschaften zur Mitarbeit an der Technischen Nothilfe bereitstellen, was übrigens von den bisherigen Leitern noch sehr gewöhnlich wird, ist es notwendig, nicht nur grundsätzlich zu dieser Einrichtung Stellung zu nehmen, sondern auch ihren Aufgabenkreis genau und nach gewerkschaftlichen Grundfragen zu umgrenzen, die Zusammenfassung der Leistung, den Betrieb lebenswichtiger Betriebe, die

Art der ausführenden Arbeiten, den Schutz von Leib und Leben der Helfer maßgebend zu regeln und festzusetzen. All diese Fragen zu klären dürfte Aufgabe besonderer Konferenzen und Besprechungen sein.

Von unserer Verbandsleitung war eine Anfrage des Leiters eines Unterbezirks der Technischen Nothilfe in diesem Sinne beantwortet worden. Darauf wurde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in den einzelnen Betrieben von den radikalen Elementen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine wilde Hege inszeniert, bei welcher die erste „*Wochenzeitung*“ in Düsseldorf den Ton angab. In einem Flugblatt gaben wir unsern Kollegen das nötige Material an die Hand, um dieser unzulässigen Agitation entgegenzutreten. Wir stellten darin fest, d. d. oberste Instanz der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Generalkommission, unteren Standpunkt voll und ganz teilt.

In der Nummer 43 des „*Korrespondenzblattes* der Generalkommission der freien Gewerkschaften“ vom 25. Oktober 1919 heißt es wörtlich:

„Angesichts der widersprechenden Kundgebungen für und gegen die Technische Nothilfe ist eine gründliche Klärung dieser Streitfrage vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus unumgänglich notwendig. Das Schwerste wird hierbei auf denjenigen Punkt zu legen sein, in dem die Schöpfer der Nothilfe und jede von Verantwortlichkeit getragene Gewerkschaftsleitung über-einstimmen: auf die Sicherstellung der lebenswichtigen Betriebe und ihrer unentbehrlichen Funktionen für die Gesamtbevölkerung. — — — Es wird eine Aufgabe kollektiver Vertragsregelung sein, die Bedingungen des Eingetretens der Nothilfe zu regeln. Dann sollte aber auch darauf gesehen werden, daß das Personal der Nothilfe sich gewerkschaftlicher Einflüsse nicht entzieht. Behandelt man die Nothilfe als Streikbrecher und schleicht man sie aus den Gewerkschaften aus, so erlischt der ganze Schicksal zu Unternehmerbildungen, die sich auch als Streikbrecher gebrauchen lassen.“

Ferner hatte der Vorsitzende, der Berliner sozialdemokratischen Bezirksorganisation, Franz Krüger, bei Gelegenheit des Berliner Metallarbeiterstreiks einen Aufruf zur Bildung der „*Technischen Nothilfe*“ erlassen. Eine von über 800 Berliner Betriebsvertrauensleuten, Arbeiterräten usw. besetzte Versammlung hat in einem einstimmig angenommenen Beschluß diesen Aufruf gut geheißen.

In dieser Resolution heißt es wörtlich: (Korrespondenzblatt Nr. 43, 1919)

„... Sie (die Versammlung) hält daher die Fortführung der Nothilfe mit Hilfe der Technischen Nothilfe für eine Notwendigkeit und ist auch mit der Haltung des Bezirksvorstandes in dieser Frage einverstanden.“

Wenn das schon der Standpunkt der Berliner revolutionären Arbeiterschaft ist, dann wird es klar, daß wir als christliche Gewerkschaftler bei dem Boden unserer Weltanschauung und der Solidarität des ganzen Volkes dringend unbedingt grundtatsächlich der Technischen Nothilfe zustimmen müssen.

Wir treten ein für die Interessen der Metallarbeiter, bis zur Grenze des Möglichen.

Wir sind bereit, auch die Interessen der Volksgemeinschaft vor allem der Kranken und Schwachen, der Frauen und Kinder gegen unheimlich grausamen Terror und brutale Gewalt zu schützen.

Wir lassen im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft eine normale Schwere der Industrie, unserer Brot- und Nahrungsquelle, nicht zu.

Das ist eine Haltung, die jeder vernünftige Gewerkschaftler, vor allem in der heutigen schlimmen Zeit, unter allen Umständen einnehmen muß. Wer anders denkt und handelt, verdient dieses Verhalten nicht und macht sich eines Verbrechen am deutschen Volke schuldig. H. D.

Der Kampf um die Arbeitszeit

Walter Bauer.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bedingt eine planvollere Wirtschaft, als sie bisher geführt wurde. In den hochproduzierenden Betrieben wurden Momente angefaßt, wie auch bei verkürzter Arbeitszeit die Wirtschaft bei rationeller Ausgestaltung ihrer Betriebshöhe gebracht werden kann. Diese Untersuchung wird in Punkt 6 und 7 des vorliegenden Artikels weiter fortgeführt.

6. Durch die weitgehendste, praktisch organisierte und technische Verbesserung der Betriebe mit einer guten Betriebsorganisation, sowie auch durch eine weitgehende Lohnpolitik und Bemerkung der Arbeitskräfte läßt sich bei geringem Aufwand an Arbeitskraft und Arbeitszeit ebenfalls für eine größere Produktion noch vieles erzielen. Mit dem bekannten Betriebsstandort sollte allernächst gründlich ausgearbeitet werden. Er besteht in der Veranschaulichung der Leistung, der rechtzeitigen Vorsee der Nothilfe, Betriebsmaterialien, der Betriebskräfte, des Werkzeuges usw. Das Festhalten an allen überlebten Betriebsrichtungen, Arbeitsmethoden und Betriebsverhältnissen hemmt nur den Produktivitätsgewinn. Das gleiche auch der Mangel eines guten Land- und Handwerks der einzelnen Betriebsabteilungen.

Es ist noch ziemlich eine bedauerliche Allgemeinerkenntnis, daß man den Reparaturarbeiter und Schlichter, den Klempner und Hammerführer, den Maschinisten, Kessel- und Monteurwärter, dem Rangierer, Verloader, Schreiner, Maurer, Sattler, Metzger oder Hilfsarbeiter und selbst gar den Bergarbeiter, die gewiß selbst eine Arbeit fürs Überdauern, landmannliche Ruhe abschließen können, nicht ihrer großen Bedeutung nach einschätzt und behandelt. In dieser Apparat nicht vollständig intakt, oder liegt ein großer Arbeitswechsel hier vor, dann zeigt sich oft das bekannte Bild. Eine Betriebsführung sagt die andere, die Arbeitszeit wird verkürzt, die Ergzeugung leider quantitativ wie qualitativ und dann auch der Arbeiterlohn. Für dieser Betriebsführungen sollten daher die „*produktiven*“ Arbeitskräfte — wenn nur uns des Ausdrucks bedienen dürfen — eine reiche Entschädigung oder möglichst den vollen „*Alford*“ oder Prämienlohn fordern und bekommen. Es würde dann noch schon

nachste Meiner der fultantialen Parteien, vor allem Adolf Braun, nachweislich darauf hingewiesen haben, daß nach einem neuen Anlauf und der Einwirkung der Sozialistischen Partei die Arbeiter in Zukunft eine einheitliche Organisation auf 10-12 Stunden Arbeit aufgestellt werden müsse, und daß bei Verwirklichung des kommunistischen Programms im Reichstag a. h. die einheitliche 10-12 Stunden-Arbeit revolutionären Charakter annehme werden solle. Es handele sich bei diesen Forderungen nicht um bloße Forderungen, sondern um praktische Forderungen, die sich aus der revolutionären Bewegung ableiten lassen. Die Arbeiter müssen wissen, um eines noch vollständiger zu werden, wenn sie die Sozialistische Bewegung wollen, den Klassenkampf für die Arbeiter der Metallindustrie abzugeben, wie es in England ja bereits geschehen ist. Die Arbeiter müssen wissen, daß die Arbeiter der Metallindustrie in der Lage sind, den Klassenkampf für die Arbeiter der Metallindustrie abzugeben, wie es in England ja bereits geschehen ist. Die Arbeiter müssen wissen, daß die Arbeiter der Metallindustrie in der Lage sind, den Klassenkampf für die Arbeiter der Metallindustrie abzugeben, wie es in England ja bereits geschehen ist.

Der Jugendsekretär Kollege Meier war auf den Kampf geheimer Kollusion des Schlichtungswesens hin, und besonte die Anwesenheit, bis zu dieser Zeit vollständig einseitig für die Befreiung einzutreten. Meier soll aber eine allgemeine Erklärung des Schlichtungswesens hin, und besonte die Anwesenheit, bis zu dieser Zeit vollständig einseitig für die Befreiung einzutreten. Meier soll aber eine allgemeine Erklärung des Schlichtungswesens hin, und besonte die Anwesenheit, bis zu dieser Zeit vollständig einseitig für die Befreiung einzutreten. Meier soll aber eine allgemeine Erklärung des Schlichtungswesens hin, und besonte die Anwesenheit, bis zu dieser Zeit vollständig einseitig für die Befreiung einzutreten.

Im markanten Strich zeichnet die Redner die Entwicklungsgeschichte dieser Ideen. Das liberale Wirtschaftssystem hat zweifellos unser Wirtschaftsleben hochgehoben, weil es den individuellen Fähigkeiten, dem Wirtschaftswagnis des Unternehmers freies Spiel ließ, hat aber auf der anderen Seite durch den zum Mammutismus ausgewachsenen Kapitalismus den Verlust ungezügelter kultureller Güter und die soziale Verelendung des Proletariats zur Folge gehabt, dem nur systematische, praktische Gewerkschaftsarbeit hier und da die schädlichsten Spitzen abzubrechen vermochte. Trotzdem wäre dieses System, vor allem angesichts des Ruinensversuchs unserer Wirtschaft durch Krieg und Revolution, der ungleiche Experimente unter keinen Umständen zuzulassen, immer noch dem Sprung ins Ungewisse vorzuziehen, den die Einführung des Sozialismus darzustellen muß, aber den selbst in den Köpfen derer, die ihn propagieren, die größte Unklarheit und die tollsten gegenseitlichen Anschuldigungen befeuert. Angesichts des Scheiterns, in welches wir berat unerschütterlich und ungewisse Experimente führen müßten, wäre das individualistisch-kapitalistische System heute und noch das höchste Übel, aber immer noch ein Übel. Als das vorläufig erreichbare und durchführbare Ideal kann nur die Gemeinwirtschaftsarbeit in Arbeitsgemeinschaften und Selbstverwaltungskörper angesehen werden. Eine vollständige Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Gemeinde liegtenden Idee wird sich allerdings erst dann zeigen, wenn die Arbeitnehmenden sich in die ungeheure umfangreichen und vielfältigen Arbeitsgebiete eingearbeitet haben. Der Redner schilderte verschiedene Einzelfälle, in welchem die regulierende Tätigkeit des Metallwirtschaftsbundes unbedeutende Gewinne profitierender Unternehmer und Händler unmöglich gemacht hat zu Gunsten der gesamten Volkswirtschaft und nicht zuletzt der Arbeiter und zeigt den Aufschwung dieser Institution und des Eisenwirtschaftsbundes sowie deren Aufgabengebiet dar. Zusammengefaßt aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Produzenten, des Handels und der Verbraucher regeln sie die Produktion, die Verteilung der Produkte und den Absatz nach dem Grundsatz, zuerst den Inlandbedarf sicherzustellen und die Ausfuhr nur unter dieser Voraussetzung und zu angemessenen Preisen zu gestatten, Arbeitslosigkeit zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Zweckmäßig müssen die Arbeitnehmervertreter sich nach mannigfachen Kombinationen aneignen, die sie den gewählten und erfahrenen Kaufleuten gegenüber sind, aber der Anfang muß gemacht werden und ist gemacht, und die Arbeiter haben heute in Institutionen, die dem früheren Arbeitgeberverband und Stahlwerkverband entsprechen und ihnen früher viel mit sieben Siegen besaßen waren. Auf die Dauer muß eine Organisation unserer wirtschaftlichen und sozialen Lebens die unabweisbare, Folge dieser Gemeinwirtschaftsarbeit sein.

Der Widerstand gewisser Unternehmerkreise und der radikalen Sozialisten gegen diese Selbstverwaltungskörper ist ein Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Auf die Einwände der ersten ist zu erwidern, daß von einer radikalen Bevormundung keine Rede sein kann, sondern die freie Initiative des Einzelnen sich auswirken kann. Bis zu der durch das Allgemeinwohl gestellten Grenze, die im Selbstverwaltungskörper von den betroffenen Parteien aller Interessierten Kreise festgelegt wird.

Die radikalen Sozialisten dagegen leisten ihre Ablehnung von dem Grundgedanken der „Zwischen-Organisation“, oder besser gesagt, der „Zwischen-Organisation“ nach der Arbeiter eine Abwehrbewegung des „sozialistischen Kampfes“, die eine Abwehrbewegung des „sozialistischen Kampfes“ darstellt, die eine Abwehrbewegung des „sozialistischen Kampfes“ darstellt. Die Arbeiter müssen wissen, daß die Arbeiter der Metallindustrie in der Lage sind, den Klassenkampf für die Arbeiter der Metallindustrie abzugeben, wie es in England ja bereits geschehen ist.

Im Namen der Vereinigung fand Kollege Burgart unter allgemeinem Beifall anerkanntes Wort für den Kollegen Meier, den bisherigen 2. Beiratsvorsitzenden, der infolge seiner Wahl zum Beiratsvorsitzenden der Eisen-Edelmetallarbeiter der Vereinigung der Arbeiter der Metallindustrie niedergelegt hat und der Leitung von Anfang bis zu Ende beigewohnt. Die arbeitsreiche, anregend verlaufene Tagung wurde dann von Kollegen Burgart gegen 7 Uhr abends geschlossen. S. D.

Es werden als Golke machen. Die Unzufriedenheit in diesen Kreisen ist mit 7 Jahren. In Metallindustrien aber die Arbeiter haben sich zu einem 7 Jahre nicht abend. Die Arbeiter der Metallindustrie haben sich zu einem 7 Jahre nicht abend. Die Arbeiter der Metallindustrie haben sich zu einem 7 Jahre nicht abend. Die Arbeiter der Metallindustrie haben sich zu einem 7 Jahre nicht abend. Die Arbeiter der Metallindustrie haben sich zu einem 7 Jahre nicht abend. Die Arbeiter der Metallindustrie haben sich zu einem 7 Jahre nicht abend.

Was hat die Arbeiter erreicht durch diesen Kampf? Zunächst den Lohnanspruch für die Streitfrage. Von den Forderungen wurde nichts bewilligt. Ein großer Teil konnte die Arbeit nicht aufnehmen wegen Betriebsbedingungen. Die Arbeitslosigkeit ist beschränkt geblieben. Ein ungeheurer Schaden ist in dem Werk entstanden. Die Folgen werden sich noch sehr bemerkbar machen. Durch solche Dinge müssen die verführten Massen angereizter kampfbereit werden. Die Gruben werden dann wieder ernten. Die Kollegen der Friedrich-Alfred-Hütte werden aber erfahren haben, daß die Schreitweise nicht in der Lage sind, durch rohe Gewalt und Manöverstreiken irgendwie etwas Ersprießliches zu schaffen. Hoffentlich war es für manchen eine Lehre. Die Arbeiterzeitung sieht, was sie dem Radikalismus zu verdanken hat. Der radikal denkende Arbeiter kann wir den Vorwurf nicht erheben, daß sie sich von dieser Dandienenspezifität zu schnell ins Bedäufeln hat lassen lassen. Sie kann eine Allegorie von 8000 Mann sich von ein paar Hundert Anführern beider terrortieren lassen? Gibt es denn keine Vorherrscher und Anführer in den Betrieben, um sich diese Dummheit vom Leibe zu halten? Setzt auch noch einmal die Rede genauer an! Ein es nicht die Eisen, die auch früher an mir den Lohn verdient haben? Die als Golke auch früher ständig in den Häuten des Feindes sind? Sind nicht gewisse Werkmeister, die vor und während des Krieges die schlimmsten Speichellecker nach oben und die gemeinsten Anführer und Bedrücker nach unten waren, jetzt die schlimmsten Parasiten? Einer solchen elenden Gesellschaft gegenüber ist Ausgegessenheit nur Feigheit. D. M.)

Aus der Branchenbewegung.

Reinzwische.

Eine der bringlichsten gewerkschaftlichen Arbeiten ist die Reform der Berufstaxe im Kleingewerbe. Während vor einem Jahr die Arbeiter der Groß-Industrie durch Taxie ihre Löhne den Lohnempfängern einigermassen angepasst haben, bleiben die Arbeiter und Arbeiterinnen der kleinen Betriebe, welche keiner Zunft oder keinem Arbeitgeberverband angehören, weit zurück. Auch in Duisburg lagen vor einem Jahr die Berufstaxe in den Metallmaschinenbauarbeiten von Klau & Macle und Anemanten & Co. noch sehr im Argen. Die Steuern, die hauptsächlich jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen betrafen, und deren Forderung in Aufzahlung von Kleinanzahlungen, Monatsentlohnungen und ähnlichen Anteilen besteht, betrug im Jahre 1919 folgende, die an Zeiten erinnern, die unglücklichen Unglücklichen im Auslande erlitten, am 16. Mai v. Jz., jetzt die Organisation nachdem vorher sämtliche Kollegen und Kolleginnen organisiert waren, die es wurden an Löhnen bezahlt vor dem 16. Mai 1919:

Feiner pro Woche 70 M., Feinere pro Woche 1 M., Feinere pro Stunde: 1,70 M., Hilfsarbeiter über 20 Jahre 1,20 M.

Jugendliche Arbeiter von 17-18 Jahren 10 Pf. pro Stunde, von 15-17 Jahren 8 Pf. pro Stunde, von 13-15 Jahren 5 Pf. pro Stunde, 14-16 Jahren 12 Pf. pro Stunde, 13-14 Jahren 5 Pf. pro Stunde. Die erste Lohnveränderung zeigt folgendes Bild: Feiner pro Woche 110 M., Feinere pro Woche 1,80 M., Feinere pro Stunde 2,35 M., Hilfsarbeiter pro Stunde 1,70 M., jugendliche Arbeiter von 17-18 Jahren 65 Pf. pro Stunde, von 16-17 Jahren 55 Pf. pro Stunde, von 15-16 Jahren 45 Pf. pro Stunde, von 14-15 Jahren 35 Pf. pro Stunde, von 13-14 Jahren 30 Pf. pro Stunde.

Wenn uns die Berufsliste auch nicht annähernd befriedigt, so war der Lohn im ersten Ansturm ein nicht geringer, besonders wenn man bedenkt, daß die Löhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ganz bedeutend erhöht wurden. Noch oft müßten wir im vergangenen Jahre an die Tür des Rentnerstempels klopfen und dann der empfindlichen Mitarbeiter aller Kollegen, die eingesehen, daß die Beste einer Arbeiterzeitung im geschlossenen Zusammenhalt liegt, haben heute die Löhne, nach 6 Lohnveränderungen gestellt werden, ist mit den Tarifhöhen der Metallindustrieindustrie gleich. Die am 31. Mai abgesetzene Lohnbewegung zeigt folgendes: Es gehen als Monatslohn ab 31. Mai 1920: Feiner pro Woche 208 M., Feinere pro Woche 4,51 M., Feinere pro Tag 1,71 M., Feinere

Feiner pro Woche 4,51 M., Feinere pro Stunde 6,15 M., Helfer pro Stunde 5,00 M., Hilfsarbeiter pro Stunde 5,15 M., Metallische Arbeiter pro Woche 2,70 M., pro Stunde, metallische Arbeiter von 18 bis 21 Jahre 2,70 M., pro Stunde.

Zugentliche Arbeiter und Arbeiterinnen:

Alter	Feiner	Helfer	Hilfsarbeiter
13-14 Jahre	1,10 M.	1,25 M.	1,45 M.
14-15 Jahre	1,20 M.	1,40 M.	1,65 M.
15-16 Jahre	1,30 M.	1,65 M.	2,00 M.
16-18 Jahre	2,00 M.	2,25 M.	2,65 M.

Insbesondere wird für den Tag 0,90 M. und für den Abend 0,90 M. bei den 3 Tagen, muß 6 Rechen 4 Tage, 6 Tage, einen Tag bei den Kollegen als Vorteil dieses Monats in der Duisburger Metallindustrie zum Besten nehmen. Die Dankbarkeit und Hochachtung der Kollegen wird die Maßnahme reichlich lohnen. Den Duisburger Kollegen aber rufen wir zu: Walter auf dem beschriebenen Wege, der schärfste Weg ist der einfachste! G. W.

Monteure, Arbeiter etc.

Seit dem Frühjahr 1918 stehen die Monteurkreise, Unterwirker und sonstigen Arbeiter des elektrischen Industries des niederländischen Westens in einem Tarifvertrage.

Zur abschließenden Tarif vertritt sich über den Gehalt der Hauptkräfte, Namen: Tenthoff, Hagen, Bohman, Mone, Gesterker, Meßinghousen, Zuidburg, Gjen, Diederik, Eberfeld, Weymen, Solingen. Der Tarifvertrag wurde im Jahre 1919 zweimal den Tarifverhältnissen entsprechend umgeändert. Am 27. November 1919 in Kraft getreten, im Januar und Februar dieses Jahres abgeschlossene Tarifvertrag wurde zum 15. April 1920 gekündigt mit dem Hinweis darauf, das die im Vertrag vorgesehene Löhne und Zuschläge der Tarifverhältnisse nicht mehr entsprechend seien und wurde deswegen dem Arbeitgeberverband die Forderung unterbreitet, die bis dahin bestehenden Löhne um 1,20 M. pro Stunde zu erhöhen und zwar sowie der Gehaltsteigern für Facharbeiter ab 16. April 1,50 M. betragen. Der Arbeitgeberverband ließ in einem Antwortschreiben dem Arbeitgeber und dem beiderseitigen Tarifverband die Mitteilung zugehen, daß sich nicht auf die Gehaltsteigerung und anhaltende Minderung unserer Löhne damit zu rechnen sei, daß demnach ein Abban aller Preise einfallen würde. Ferner sei zu betonen, daß durch weitere Erhöhung der Löhne die Wettbewerbsfähigkeit im Gewerbe größer würde, was höher als nicht im Interesse der Arbeiter liegt. Deshalb müsse eine Erhöhung der Tarifhöhe abgelehnt werden. Die alten Tarifhöhe, die in der Tarifgrenze für Facharbeiter auf 4,50 M. pro Stunde stand, sei man sich jedoch bereit, hoheln zu lassen.

Die Arbeitgeber wurde seitens der beiden Metallarbeiterverbände dem Schlichtungsausschuß Essen übergeben, der die Parteien an den Verhandlungen brachte. Zu der Verhandlung wurden die Forderungen für die Arbeiter erhöht. Die Monteur soll ab 1. Mai ein Gehalt von 6 M. empfangen werden. Die Arbeitgeber waren nicht gewillt, wesentliche Zugeständnisse zu machen. Die Schlichtung schied am 20. März, für den 25. März, auf die im alten Tarifvertrag vorgesehene Löhne belieben zu lassen.

Damit gaben sich die Arbeitnehmervertreter nicht zufrieden und brachten die Verhandlung ab. Der Schlichtungsausschuß Essen wurde daraufhin um Prüfung eines Schiedspruchs ersucht. Zu dem nun gefällten Schiedspruch waren Löhne für Monteur und Handwerker bis zu 5,80 M. pro Stunde vorgesehen, für angelernte Arbeiter bis zu 3,20 M. Die Löhne für Facharbeiter und Arbeiterinnen sollten durch Verhandlungen festgelegt werden. Ferner sah der Schiedspruch eine Festlegung der Zuschläge und anderweitige Regelung des Lohns an. Während die beiden Metallarbeiterverbände den Schiedspruch annehmen, lehnte der Arbeitgeber ab. Es wurde deshalb bei den beteiligten Juristen der Antrag eingereicht, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären.

Da ohne Tarifvertrag das Elektro-Gewerbe dauernd Rennschiffen ausgeht ist, drängten die Arbeitgeber beschleunigenden und welche darauf, in der Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu einer Einigung zu gelangen. Die Vertreter des Metallarbeiterverbands und der beiden Metallarbeiterverbände wurden bei dem Arbeitgeberverband vorstellig und machten darauf aufmerksam, daß sie für die eintretenden Folgen, die aus der Ablehnung des Schiedspruchs entspringen würden, nicht einzeln eintreten könnten und versuchten, eine Grundlage zu weiteren Tarifverhandlungen zu finden.

Daraufhin fanden am 8. Juni zwischen dem Arbeitgeberverband der elektrotechnischen Industrie und dem Metallarbeiterverband Verhandlungen statt, die zu einer Einigung in den verschiedensten Fragen führten.

Folgende Löhne wurden ab 1. Mai festgelegt: für Monteur, Handwerker etc. im ersten Jahre nach der Lehre 4 M., im zweiten Jahre nach der Lehre 4,40 M., im dritten Jahre nach der Lehre 4,80 M., im vierten Jahre nach der Lehre 5,40 M., im fünften Jahre nach der Lehre 6 M. pro Stunde. Helfer erhalten 0,20 M. weniger. Für angelernte Spezialarbeiter im Alter von 18-20 Jahren 3,50-4,20 M., im Alter von 20-22 Jahren 4,50-4,85 M., im Alter von über 22 Jahren 5-5,50 M. Für Hilfsarbeiter im Alter von 13-18 Jahren 3,10-3,60 M., im Alter von 18-20 Jahren 3,70-4 M., im Alter von 20-22 Jahren 4,10-4,50 M., im Alter von über 22 Jahren 4,30-5,40 M. Für Facharbeiterinnen im ersten Jahre der Berufstätigkeit 2,60-2,80 M., im zweiten Jahre der Berufstätigkeit 2,90-3,20 M., im dritten Jahre der Berufstätigkeit 3,25-3,45 M. über drei Jahre Berufstätigkeit 3,80 M. Für Hilfsarbeiterinnen im Alter von 16-18 Jahren 2,60-2,80 M., im Alter von 18-22 Jahren 2,90-3,20 M., im Alter von über 20 Jahren 3,60 M.

Die in den einzelnen Lohngruppen bestehenden Spannungen sollen dem Alter entsprechend ausgeglichen werden. Sämtliche Löhne müssen ab 1. Mai nachgezahlt werden.

Die in Ziffer III des Tarifvertrages vorgesehenen Ortsklassen A-D sollen durch eine besondere bezirksliche Kommission festgelegt werden. Die Auszahlung soll betragen: Bei Übernachtlagen für Monteur 18 M., für Helfer 17 M., ohne Übernachtlagen für Monteur 13 M., für Helfer 12 M.

Urlaub soll gewährt werden für alle Arbeitnehmer über 17 Jahren, die ein Jahr bei der Firma tätig sind, 3 Tage, für jedes weitere Dienstjahr erhöht sich der Urlaub um einen Tag bis zur Höchstgrenze von 8 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes.

Alle übrigen Bestimmungen des am 27. November 1919 abgeschlossenen Tarifvertrages bleiben bestehen. Die von den Metallarbeiterverbänden bereits beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses Essen wird zurückgezogen. Auf die Verbindlichkeitsklärung der Bewegungen, besonders aber die angeordnete Frage, ob Bezirksrat der Metallindustrie für die Kollegen angängiger sind, soll in der nächsten Nummer berichtet werden.

Wegen Raummangel mußte der Verzeimungskalender ausfallen.

Bedeutendes Drahtwerk sucht
zur selbständigen Einrichtung und Leitung einer Drahtmatratzen-Fabrik
einen ersten Fachmann
mit 10 bis 20 Mille Kapitaleinlage. Es handelt sich um eine Neugründung auf dem Namen des Gesuchten. Angebote unter Nr. 44 an die Zeitung erbeten.